Grossratssession Februar 2009: Bericht der SP-Grossräte des Seebezirks

Allgemeine Sonntagsverkäufe im Kanton Freiburg nicht erwünscht
Vor allem die Ratslinke hat die Motion des CVP-Kantonal-Präsidenten und eines FDP-Grossrates, wonach im Kanton Freiburg vermehrt sonntägliche Einkaufsbummel eingeführt werden sollen, bachab geschickt. Das Familienleben soll am Sonntag – vielleicht sogar mit frischem Brot von der Dorfbäckerei - Vorrang haben vor Action und Fun in Einkaufszentren. Ruhe und Erholung findet man dort kaum. Solange noch kein GAV für das Verkaufspersonal besteht, ist mit der Ausdehnung der Ladenöffnungszeiten ohnehin starke Zurückhaltung geboten.

Standesinitiative für mehr Bundesbeiträge an Photovoltaik-Anlagen
Der Grosse Rat hat den Staatsrat verpflichtet, bei der Bundesversammlung eine Standesinitiative einzureichen. Der Anteil der Bundesbeiträge für die Photovoltaik-Anlagen soll verdoppelt werden. Solche Anlagen sind zwar teuer, doch werden sie in genügendem Umfang installiert, könne Kosten eingespart werden. Insbesondere würden sie einen grossen Teil des Energiebedarfs des Kantons decken.

Gleiche Chancen für Frauen in der Kantonsverwaltung
Einstimmig überwies der Grosse Rat ein Postulat von Hugo Raemy und Martin Tschopp, das verlangt, eine entsprechende Untersuchung von 1997 zu erneuern. Damals verdienten Frauen 18 Prozent weniger als Männer und waren in Kaderfunktionen klar untervertreten.

Turm am Murtensee
Für den Unterhalt der Waldwege, Forst- und Alphütten im Staatswald stimmte der Grosse Rat einem Kredit von 4.5 Millionen zu. Davon sollen 350‘000 Fr. für einen Holzturm in unserem Chablais-Wald verwendet werden. Der Betrag deckt die Hälfte der Projektkosten, die andere Hälfte müsste aus der Region Murten beigetragen werden. Die SP See könnte hinter einem solchen Projekt stehen, wenn es wirklich nur FussgängerInnen und NaturliebhaberInnen zur Verfügung stehen und kein neuer Verkehr generiert würde.

Mit dem Ja von Freiburg als 10. Kanton tritt HarmoS in Kraft
Die SP See ist erfreut darüber, dass die obligatorische Schule nun mit HarmoS schweizweit harmonisiert und an die Gegebenheiten der neueren gesellschaftlichen Strukturen angepasst werden kann. Elf obligatorische Schuljahre – Kindergarten inbegriffen - einheitliche Bildungsstandards, Lehrmittel und Evaluationsinstrumente, Unterricht in Blockzeiten, ausserschulische Betreuungsangebote sind dabei die Stichworte. Die soziale und sprachliche Integration der Kinder kann auf diese Weise bereits im frühen Alter einsetzen.

Ja zum regionalen Schulabkommen (RSA)
Das Abkommen umfasst acht Nordwestschweizer Kantone (SO, BL, BS, AG, LU, ZH, BE FR). Besonders wichtig ist das RSA für die Absolvierung eines 10. Schuljahres in einer anderen Sprachregion. Zu hoffen ist, dass möglichst viele Junge davon Gebrauch machen.

Blanko-Scheck für 26 Mio. Franken für die Umfahrung Bulle
Die SP wollte dem Zusatzkredit für die Umfahrung Bulle erst dann zuzustimmen, wenn alle Elemente des Dossiers bekannt sind. Die Bürgerliche Mehrheit aber sprach sich für den Kredit von 26 Mio. Franken aus, bevor der Bericht fertiggestellt war, ohne Garantie für Bundessubventionen und ohne Analyse der politischen Verantwortlichkeiten.

Die SP-Deputation, René Fürst, Hugo Raemy und Bernadette Hänni-Fischer